

**Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen
für Fahrbahn- und Gehwegarbeiten sowie für die Herstellung von
Stütz- und Einfriedigungsmauern**

1. Der Auftragnehmer hat sich vor Angebotsabgabe bei den in Frage kommenden Ver- und Entsorgungsunternehmen über die Lage von Versorgungsleitungen oder anderen unterirdisch verlegten Leitungen und Kabeln zu informieren. Während der Bauausführung ist größte Sorgfalt zum Schutze dieser Einrichtungen anzuwenden. Die zum Schutze der Einrichtungen notwendigen Vorkehrungen hat der Auftragnehmer mit den Versorgungsträgern bzw. Eigentümern zu treffen und zu regeln.
2. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass vor Beginn der Arbeiten alle sichtbaren Grenzsteine und sonstigen Grenzmarkierungen gesichert und falls erforderlich eingemessen werden. Er haftet dafür, dass im Zuge der Maßnahme die vorgenannten Steine und Markierungen erhalten bleiben.
Werden jedoch Höhenveränderungen an der Straße vorgenommen und durch Erdabtrag bzw. Erdaufrag Grenzmarkierungen in ihrer Lage verändert, entfernt oder zugeschüttet, hat der Auftragnehmer die Bauleitung rechtzeitig vor Beginn der maßgeblichen Arbeiten zu unterrichten und die in Frage kommenden Grenzsteine bzw. -markierungen an Ort und Stelle zu bezeichnen.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass vor Beginn der Arbeiten sämtliche Verkehrszeichenstandorte dokumentiert werden. Die für die Bauzeit abzubauenen Verkehrszeichen sind ordnungsgemäß zu lagern.
3. Der Auftragnehmer hat sich vor Abgabe des Angebotes über die Untergrundverhältnisse, vor allem im Bereich bereits verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen, zu informieren. Spätere Nachforderungen für Nachverdichtungen können nicht mehr anerkannt werden.
4. Der Auftragnehmer hat außer für das einzubauende Asphaltmischgut (ZTV-Asphalt StB 07, Ausgabe 2007/Fassung 2011) und für Beton (ZTV Beton StB 07) auch für Abraum-, Splitt-, Schotter- und Sandmaterialien den Nachweis des Einbaues anhand von Original-Liefer-Wiegescheinen zu führen. Die Lieferscheine sind spätestens am nächsten Arbeitstag nach dem Einbau des Materials der Bauleitung zur Unterschrift vorzulegen. Später vorgelegte Scheine können nicht anerkannt werden. Durchschriften, Duplikate, Fotokopien usw. werden ebenfalls nicht anerkannt. Bei der Abrechnung müssen die von der Bauleitung unterschriebenen Originallieferscheine als Materialnachweis mit eingereicht werden. Mindereinbau wird dabei wie bei Asphaltmischgut in Abzug gebracht. Mehreinbau wird nicht vergütet.
5. Bei der Herstellung von Gräben für Hausanschlüsse, Straßenentwässerungsleitungen, Straßenbeleuchtungskabel usw. darf eine Verfüllung erst nach Abnahme der Leitungen durch die Bauleitung erfolgen.
6. Der Auftragnehmer hat mit der Schlußrechnung Bestandspläne in zweifacher Ausfertigung, **davon einmal auf Datenträger**, einzureichen. Die Bestandspläne müssen enthalten:
 - Bordsteinband
 - Fahrbahn- und Gehwegarbeiten
 - Entwässerungseinrichtungen mit den dazugehörigen Anschlußleitungen
 - Beleuchtungskabel einschl. Mastfundamente
 - Einbauten wie Schächte, Schieber und Hydranten.Eine besondere Vergütung für die Herstellung der Bestandspläne wird nicht gewährt.
7. Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer vor Beginn der Arbeiten an Ort und Stelle über die Grundstücksflächen, die in Anspruch genommen werden dürfen, insbesondere über den Verlauf und die Breite der Arbeitstrassen. Soweit notwendig werden zu diesem Termin Grundstückseigentümer, Träger der Straßenbaulast und Verkehrspolizei geladen. Erforderlichenfalls wird der Zustand vor der Bauausführung in einem Protokoll und/oder durch Aufnahmen festgehalten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Beendigung der Bauausführung den alten Zustand wieder herzustellen.
8. Bei Bauarbeiten in bebauten Wohn- bzw. Geschäftsstraßen hat der Auftragnehmer dafür Sorge zu tragen, dass alle Grundstücke, Garagen, Einfahrten usw. jederzeit begangen bzw. angefahren werden können, d. h. der Unternehmer muss, falls erforderlich, Überwege bzw. Überfahrten herstellen, die nach Fertigstellung der Bauarbeiten wieder entfernt werden müssen. Für diese Arbeiten erfolgt keine besondere Vergütung.

9. Treten durch die Maßnahme Verschmutzungen an anderen Straßen (durch Erdabfuhr, Materialtransport usw.) auf, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die sofortige Beseitigung der Verschmutzung zu veranlassen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, lässt der Auftraggeber kurzfristig die Arbeiten auf Kosten des Auftragnehmers ausführen.
10. Werden im Rahmen der Maßnahme auch Arbeiten der Versorgungsträger (Entwässerung, Bewässerung, Gas, Strom, Telefon) mit ausgeführt, so sind diese Arbeiten im Einvernehmen aller Beteiligten durchzuführen, damit ein reibungsloser Bauablauf gewährleistet ist.
11. Bei Unterbrechungen der Arbeit durch Wintereinbruch, Urlaub o.ä., die eine längere Einstellung der Baustelle zur Folge haben, hat der Auftragnehmer dafür Sorge zu tragen, dass die Ver- und Entsorgung der an die Straße angrenzenden Grundstücke gesichert ist und außerdem alle verkehrsbehindernden Einrichtungen beseitigt sind. Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, dass alle im Bereich der Baustelle liegenden Grundstücke zu Fuß zu erreichen sind und auch mit dem Auto angefahren werden können.
12. Sind durch die Baustelle verkehrsbeschränkende Maßnahmen erforderlich, hat der Auftragnehmer rechtzeitig vor Baubeginn einen entsprechenden Antrag einschließlich aussagekräftiger Verkehrszeichenpläne bei der zuständigen Verkehrsbehörde zu stellen. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die schriftliche Genehmigung mit den dazugehörigen Bedingungen und Auflagen von der Verkehrsbehörde vorliegt.
Der Auftragnehmer haftet von Beginn der Bauausführung bis zur Beendigung der Arbeiten für die Verkehrssicherung. Dies gilt auch für die arbeitsfreie Zeit. Für alle Maßnahmen zur Verkehrssicherung wird keine besondere Vergütung gewährt, es sei denn, das Leistungsverzeichnis sieht hierfür eine gesonderte Position vor.
13. **Prüfungen**
Die Eignung aller Baustoffe, insbesondere der Bindemittel, Zuschlagstoffe, Zusatzmittel und dgl. muss durch eine staatlich anerkannte Prüfstelle nachgewiesen werden.
Betonprüfungen: siehe ZTV-K 96, Ziffer 6.7.7 und EBK 90, Ziffer 2.7.
Abdichtungen und Beläge: siehe ZTV-BEL-B 95, Abschnitt 6 und ZTV-Asphalt StB 07, Ausgabe 2007/Fassung 2011.
Straßenbau: siehe ZTV-Asphalt StB 07, Ausgabe 2007/Fassung 2011 und ZTVE-StB 09

Eignungsprüfungen
Der Auftragnehmer hat die Eignung der vorgesehenen Baustoffe und der Baustoffgemische nachzuweisen.
Eignungsprüfungen müssen die zu erwartenden Baustellenverhältnisse berücksichtigen.
14. **Fräsarbeiten**
Die Erschwernisse bei Fräsarbeiten um Einbauten wie Hydranten, Schieber, Einläufe, Fugenkonstruktion sind in die Einheitspreise einzurechnen.
15. **Beweissicherung**
Vor Beginn der Arbeiten sind an allen Anlagen, bei denen mit Erschütterungs- oder sonstigen Schäden gerechnet werden muss, umfangreiche Beweissicherungsmaßnahmen vom Auftragnehmer durchzuführen. Dies kann in Form von Fotoaufnahmen oder durch Anbringen von Gipsmarken geschehen. Gegebenenfalls ist das Gutachten eines neutralen Sachverständigen auf Kosten des Auftragnehmers einzuholen und dem Auftraggeber vorzulegen.
Da die Wahl der Arbeitsverfahren dem Auftragnehmer freisteht, gehen alle Schäden zu seinen Lasten, auch wenn die Verfahren vom Auftraggeber grundsätzlich genehmigt werden.
16. **Sicherungsmaßnahmen**
Die Baustelle ist gemäß den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und der Straßenverkehrsordnung zu sichern.
Für sämtliche Schutz- und Sicherungsmaßnahmen wie z. B. die Herstellung von Schutzgeländern, Bauzäunen, Absperrungen, Schutzgerüsten, Beleuchtung, Beschilderung usw. ist der Auftragnehmer verantwortlich.
Die Kosten hierfür sind, sofern sie nicht als Leistungen im LV aufgeführt sind, in die Einheitspreise einzurechnen. Dabei sind neben der StVO u. a. auch die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA)“ zu beachten.
Die durch den Auftraggeber angeordneten Sicherungsmaßnahmen entbinden den verantwortlichen Bauleiter des Auftragnehmers nicht, den Baubetrieb im Hinblick auf die Sicherheit so risikolos zu führen, dass niemals eine Gefährdung der Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr und des Baustellenpersonals festzustellen ist.